

Komfort Vier Toggenburger Bahnhöfe werden modernisiert. Die SBB wollen damit den Reisenden mehr Komfort bieten. **kanton.st.gallen/11**

Zubringer Die beiden Appenzell und der Kar St. Gallen machen sich gemeinsam für den Zubri Appenzellerland stark. **ausserrhoden&innerrhoden/1**

Schule nach Wahl

Elternlobby Thurgau gründet überparteiliches Initiativkomitee – Eltern sollen zwischen

ENGISHOFEN. Ein Initiativkomitee will die staatliche «Zwangszuweisung» an die örtliche Primarschule ausser Kraft setzen. Eltern dürften dann die Schule für ihre Sprösslinge frei wählen.

CHRISTIAN KAMM

Auch der Ort der Medienorientierung entsprang einer bewussten Wahl. Im Schulhaus Engishofen war im vergangenen Sommer die (staatliche) Schule nämlich definitiv aus. Dank einer privaten Trägerschaft, die in die Bresche sprang und einen Kindergarten einrichtete, konnte das Schulhaus und damit ein wichtiger Standortfaktor des Dorfes aber wieder zum Leben erweckt werden.

Unterschiedliche Bedürfnisse

Für Kurt Loehrer, Co-Präsident des Initiativkomitees freie Schulwahl (Kasten), widerlegt das Beispiel die Gegner der freien Auswahl, die behaupteten, dass dann Staatsschulen geschlossen werden müssten. «Es ist genau umgekehrt», argumentierte Loehrer gestern. Mit einem innovativen Konzept in nichtstaatlicher Trägerschaft sei es möglich, Dorfschulen zu retten. In Deutschland würden zum Beispiel 70 Prozent aller neuen privaten Schulen da gegründet, wo die staatlichen schliessen mussten.

Damit der Markt spielen kann, braucht es laut den Initianten aber Wahlfreiheit. Sprich: Die Eltern sollen ihre Kinder dort in den Unterricht schicken können, wo sie wollen. Und zwar soll die Wahl nicht nur zwischen staatlichen und privaten Institutionen bestehen, sondern auch innerhalb der Staatsschule. Das wird erreicht, indem der Kanton für jeden Schüler eine Kopfpauschale an die ausgewählte Schule zahlt – egal, ob staatlich oder privat.

St. Gallen, 26. Juni 08



Schulen wählen können

identifizierten sie sich mehr mit ihr, sagte Gsell. «Wer selber wählt, ist viel zufriedener.»

Freie Wahl – für die Reichen

Bedenken, dass es zu einem Exodus aus den staatlichen Schulen kommen könnte, hat Kurt Loehrer keine. In Finnland etwa seien nach Einführung der Wahlfreiheit 95 Prozent der Kinder in öffentlichen Institutionen geblieben. Und die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft bestehe ebenfalls nicht. Wenn schon, sei die heute gegeben, denn eigentlich gebe es die freie Schulwahl in der Schweiz bereits. «Aber nur für die Reichen, die sich eine Privatschule leisten können.»

Volle Wahlfreiheit: Mit einer Volksinitiative soll erreicht werden, dass den Kindern künftig alle Thurgauer Schulhaustüren offen stehen.

«Das Wohl des Kindes ist das Wichtigste», begründete Anita Gsell, Co-Präsidentin des Initiativkomitees, ihr Engagement. Weil die Kinder nun einmal verschieden seien, brauche es auch unterschiedliche Schulkonzepte: «Jedes Kind sollte die Schule besuchen können, die zu ihm passt.»

Die staatliche Schule in der Schweiz sei zwar gut, räumte Loehrer ein, aber sie biete lediglich «one size» – nur eine Kleidergrösse. «Kinder sind jedoch unterschiedlich und haben unterschiedliche Bedürfnisse.»

Vorteile versprechen sich die Initianten auch für die Unterrichtsinstitutionen selber. Wenn die Eltern die Schule auswählten,

Initiative startet im Herbst

Das Initiativkomitee für eine freie Schulwahl ist am vergangenen Dienstag gegründet worden. Dem von den Co-Präsidenten Kurt Loehrer und Anita Gsell geführten Komitee gehören bis jetzt 17 Mitglieder an. Darunter auch kantonale Parlamentarier: Gabi Badertscher (FDP), Andrea Vonlanthen (SVP), Bernhard Wälti (SP), Willy Weibel (CVP) und Daniel Wittwer (EDU). Aus dem Bildungsbereich machen neben Vertretern von Privatschulen

Karin Huser Vetterli und Markus Vetterli mit, beides Dozenten an einer Pädagogischen Hochschule, sowie Johannes Gasser, Dozent an der Uni Fribourg. Weiter zählen zum Komitee: Rolf Schönenberger, Schulleiter, Claudia Müller, Logopädin, und Luise Trautvetter, Primarlehrerin. Aus der Wirtschaft konnte Andreas Fischer, Geschäftsführer Bruderer AG, gewonnen werden. Mit der Unterschriftensammlung wird im Herbst begonnen. (ck)

Wettbewerb für die Volks

Ab Herbst werden im Thurgau Unterschriften für die freie Schulwahl gesammelt. Ein breit abgestütztes Komitee will so den Wettbewerb auch unter staatlichen Schulen fördern.

ENGISHOFEN – Der Entscheid, die Initiative zu lancieren, war schon Ende April gefallen (die TZ berichtete). Wer alles hinter dem Begehren für die freie Schulwahl steht, blieb aber unbekannt. Gestern nun trat das Komitee erstmals vor die Medien und liess die Katze aus dem Sack. Wie sich zeigte, findet das Anliegen, dass Eltern die Schule für ihre Kinder frei wählen können, in breiten Kreisen Unterstützung. Im 17-köpfigen Komitee vertreten sind unter anderem Kantonsrätin Gabriela Baderscher (FDP) sowie die Kantonsräte Andrea Vonlanthen (SVP), Bernhard Wälti (SP), Willy Weibel (CVP) und Daniel Wittwer (EDU). Mit den Grünen steht das Komitee in Kontakt. Ausserdem beteiligen sich zahlreiche Personen aus dem Bildungsbereich – sowohl aus dem staatlichen wie dem privaten Sektor.

Treibende Kraft hinter der Initiative ist der Verein Elternlobby, der mit einer Welle von kantonalen Initiativen die freie Schulwahl durchsetzen will. Co-Präsident des Komitees ist denn auch der Koordinator der Elternlobby Thurgau, Kurt Loehrer. Nach seinen Angaben wird das Komitee im Herbst mit der Unterschriftensammlung beginnen. Nötig für das Zustandekommen der Initiative sind im Thurgau 4000 Unterschriften.

Mehr Chancengleichheit

Das Komitee will in der Thurgauer Verfassung festgeschrieben haben, dass Eltern wählen können, in welche öffentliche oder private Schule ihre Kinder kostenlos gehen können. Jedes Schulkind soll vom Kanton mit einer Pauschale ausgestattet werden. Damit soll es jede Schule besuchen können,



Private Initiativen fördern: Anita Gsell und Kurt Loehrer richten zusammen mit Kindern den künftigen Kindergarten von Engishofen ein. Bild: Susann Basler

Nutzen ist noch umstritten

Ob die freie Schulwahl den erhofften Nutzen bringt, ist in der Forschung umstritten. Eine neue Studie der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) kommt zum Schluss, dass in Ländern mit freier Schulwahl die Kinder bessere Leistungen in der Schule er-

bringen. Ausserdem spiele dort die soziale Herkunft keine Rolle für den Schulerfolg der Kinder. Eine Studie für die Berner Erziehungsdirektion kommt dagegen zum gegenteiligen Schluss. Die freie Schulwahl bringe eine Trennung von privilegierten und benachteiligten Kindern. (wid)

schule

die kein zusätzliches Schulgeld verlangt. «Exklusive Privatschulen sind also ausgenommen», sagt Loehrer.

Mit der freien Schulwahl sieht das Komitee die Chancengleichheit verbessert. Eltern sollen die Schulen für ihre Kinder unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten wählen dürfen. So sollen alle Schulen untereinander in Wettbewerb treten. Davon erhoffen sich die Initianten eine Verbesserung auch der Volksschule. Wenn eine Schule viele Schüler verliert, muss sie mit ihrem Angebot über die Bücher, sagen die Initianten. «Auch staatliche Schulen sollen ihre Nische finden», sagt Anita Gsell, Co-Präsidentin des Initiativkomitees. Die Schweizer Staatsschule sei zwar gut, ergänzt Loehrer, aber sie biete Unterricht nur im Einheitsformat an.

Private Initiativen fördern

Könnten Eltern die Schule für ihre Kinder selber wählen, würden sie sich auch mehr mit ihr identifizieren, glaubt Gsell. Wer dagegen mit der heute «zwangszugewiesenen» Schule unzufrieden sei, übertrage dies auf die Kinder. Das könne sich negativ auf deren Lernfortschritt auswirken, sagt Gsell. «In der Schweiz haben wir ein grosses Mass an Demokratie. Das wollen wir nun auch auf die Schulwahl übertragen», erklärt sie.

In der Elternlobby vereinigen sich nach eigenen Angaben nicht nur Anhänger von Privatschulen. Dass private Initiativen aber hoch im Kurs stehen, zeigt die Schule in Engishofen. Gsell selber ist Präsidentin des Fördervereins für selbstständiges Lernen. Der Verein bietet dort ab dem kommenden Schuljahr den Kindergarten und die altersdurchmischte Primarschulklasse auf privater Basis an. Die freie Schulwahl werde solche privaten Initiativen fördern, hofft Kurt Loehrer. Dadurch könnten Dorfschulen gerettet werden, hält er den Gegnern der freien Schulwahl entgegen. Sie fürchten, dass der Wettbewerb unter den Schulen zur Schliessung unattraktiver Standorte führt.

CHRISTOF WIDMER

NACH-GEFRAGT

Anita Gsell

Co-Präsidentin
Komitee freie Schulwahl

«Im heutigen System haben wir doch die Zweiklassenschule»

Die freie Schulwahl sei die Totengräberin der Volksschule, weil den Staatsschulen Mittel entzogen würden, sagen Ihre Gegner. Stimmt das?

Anita Gsell: Die freie Schulwahl führt nicht zur Massenabwanderung von Schülern aus staatlichen in private Schulen. Das zeigen die Erfahrungen von Ländern, die dieses System eingeführt haben. In Finnland zum Beispiel gehen nach wie vor 95 Prozent der Kinder in staatliche Schulen. Es geht darum, dass der Wettbewerb innovative Schulkonzepte fördert. Ob es sich um eine private oder eine staatliche Schule handelt, spielt keine Rolle.

Es dürfte auch Eltern geben, denen es egal ist, auf welche Schule ihre Kinder gehen. Führt die freie Schulwahl nicht dazu, dass sich sozial benachteiligte Kinder in schlechten Schulen konzentrieren?

Das ist doch genau das Problem von heute. Im jetzigen System haben wir die Zweiklassenschule. Kinder von reichen Eltern können die Schule wählen – durch Umzug oder den Besuch einer Privatschule. Wir wollen, dass Kinder aus allen Schichten Zugang zum gesamten Bildungsangebot haben.

Welche Rolle spielt der Staat in Ihrem Konzept der freien Schulwahl?

Der Kanton soll weiter zuständig sein für die Bewilligung der Schulen. Er soll die Bildungsziele vorgeben und ihre Einhaltung kontrollieren. Der Staat soll den Schulen aber Freiräume lassen, wie sie diese Ziele erreichen wollen.

INTERVIEW: CHRISTOF WIDMER